

über den Gesetzentwurf, die Angelegenheiten der Presse betreffend, enthaltend.

Präsident v. Schönfels: Gelangt zu den Acten, da die Schrift bereits hier genehmigt und abgelassen worden ist.

(Nr. 306.) Protocollauszug derselben von demselben Tage, den anderweiter Vortrag über die Petition des Kohlenwerksbesizers Mönch zu Großporitzsch, Uebelstände beim Abbau von Braunkohlen betreffend, enthaltend.

Präsident v. Schönfels: Geht an die vierte Deputation zurück.

(Nr. 307.) Protocollauszug derselben von demselben Tage, den Beschluß über eine Beschwerde Christian Friedrich Pflugbeils und Genossen zu Rübenaу, eine verweigerte Steuerregulirung betreffend, enthaltend.

Präsident v. Schönfels: Ist Gegenstand für die vierte Deputation, und ich frage: ob die Kammer gemeint ist, an diese Deputation denselben gelangen zu lassen? — Einstimmig Ja.

(Nr. 308.) Allerhöchstes Decret von 22. Januar 1851, die Vertagung des angesetzt gewesenen Landtagschlusses betreffend.

Das Decret lautet:

Se. Königliche Majestät haben aus den über die gegenwärtige Lage der ständischen Geschäfte vernommenen Vorträgen zwar die Ueberzeugung gewonnen, daß zu der wünschenswerthen Erledigung aller der Ständeversammlung gemachten Regierungsvorlagen innerhalb der durch das Decret vom 14. vorigen Monats bestimmten Frist nicht zu gelangen sein werde, und wollen daher den auf den 31. laufenden Monats festgesetzten Schluß des gegenwärtigen Landtags hierdurch noch auf einige Zeit hinauschieben.

Dagegen überlassen Se. Königliche Majestät Sich der Ueberzeugung, daß es der fortdauernden Thätigkeit der getreuen Stände gelingen werde, die noch unerledigten wichtigen Vorlagen im Laufe der nächsten Wochen soweit zu fördern, daß sich der Zeitpunkt ihrer völligen Erledigung bald mit Bestimmtheit werde übersehen lassen, und behalten Allerhöchstdieselben Sich daher die definitive Entscheidung über den Schluß des Landtags bis dahin vor, wovon Sie den getreuen Ständen hiermit Eröffnung zugehen lassen, indem Sie denselben im Uebrigen mit Huld und Gnade wohl begethan bleiben.

Dresden, am 22. Januar 1851.

Friedrich August.

(L.S.) Richard Freiherr v. Friesen.

Präsident v. Schönfels: Dasselbe Decret ist bereits abschriftlich an die zweite Kammer gelangt, und wird daher etwas weiter vor der Hand nicht zu thun sein.

(Nr. 309.) Protocollauszug der zweiten Kammer vom 27., 28. und 29. Januar 1851, die Berathung über den Gesetzentwurf, einige Abänderungen und Zusätze zum Volksschulgesetze vom 6. Juni 1835 betreffend, enthaltend.

Präsident v. Schönfels: Wird zum Ressort der ersten Deputation gehören, und ich frage: ob die Kammer den Gegenstand an diese Deputation gelangen lassen will? — Einstimmig Ja.

Präsident v. Schönfels: Es war dies die letzte Nummer der Registrande. Ein Urlaubsgesuch liegt vor; Herr v. Wagdorf bittet für heute beurlaubt zu sein, und ich frage: ob die Kammer diesen Urlaub bewilligen will? — Einstimmig Ja.

Präsident v. Schönfels: Ferner hat sich Herr Graf Einsiedel-Wolkensburg krank angemeldet, was ich zur Kenntniß der Kammer bringe. Eine weitere Mittheilung ist meinerseits nicht zu machen, wir können daher zur

Tagesordnung

übergehen, und zwar zum Vortrage des Berichts der zweiten Deputation, das Budget des Cultusministeriums betreffend. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Bürgermeister Löhrl, diesen Vortrag zu bewirken.

Referent Bürgermeister Löhrl: Es würde mir zunächst obliegen, die zu dem Cultusetat gegebenen Erläuterungen der Staatsregierung vorzulesen. Da es indessen zur Abkürzung der Berathung wesentlich beitragen würde, wenn dies unterbliebe, so erlaube ich mir das Präsidium zu ersuchen, die Kammer darüber zu befragen, ob sie von dem Vortrage der Erläuterungen abgesehen wissen wolle.

Präsident v. Schönfels: Es fragt sich, ob die hohe Staatsregierung in Betreff dessen, was der Herr Referent eben erwähnte, etwas zu bemerken hat. Der Herr Referent hat darauf angetragen, von der Vorlesung der Erläuterungen abzusehen, und wenn die Staatsregierung nichts dagegen einzuwenden hätte, würde ich die Frage an die Kammer richten.

Staatsminister v. Beust: Durchaus nicht.

Präsident v. Schönfels: Die hohe Staatsregierung ist mit der Ansicht des Herrn Referenten einverstanden, und ich frage nun: ob die Kammer ebenfalls von der Vorlesung der Erläuterungen absehen will? — Einstimmig Ja. *)

Referent Bürgermeister Löhrl: Der Bericht selbst lautet folgendermaßen:

Für das Departement des Cultus und öffentlichen Unterrichts werden auf die Finanzperiode 1851 in den Positionen 62 bis mit 71 jährlich postulirt:

252,863 Thlr.	etatmäßig,
6,068	= transitorisch,
<hr/>	
258,931 Thlr.	überhaupt.

*) Diese Erläuterungen, von deren Vorlesung die Kammer absteht, s. L. v. M. II. S. Nr. 64 u. 65 S. 1379 flg.